

Resolution: Für eine Europäische Schnittstellen-Union – Das Basiskonto als Anker der sozialen Freizügigkeit

Problemstellung: Das strukturelle Defizit des Binnenmarktes

Die europäische Integration ist unvollständig. Während Kapital und Waren digital und grenzenlos fließen, verharren die Sozialsysteme in nationalen Silos. Die Folge ist eine dysfunktionale Sozialbürokratie, die an den Schnittstellen zwischen den Mitgliedstaaten kollabiert. Nationale Behörden verwalten heute nicht mehr nur soziale Risiken, sondern primär die Inkompatibilität ihrer Systeme. Dies führt zu massiven Grundrechtsverletzungen, wenn Unionsbürger aufgrund fehlender technologischer Verschaltung von der Existenzsicherung abgeschnitten werden.

Die Forderung: Von der Koordination zur funktionalen Integration. Die Europa-Union fordert die EU-Kommission und das Europäische Parlament auf, die soziale Infrastruktur als Kernkompetenz des Binnenmarktes zu definieren. Die bloße Koordination der Sozialsysteme reicht nicht aus; wir brauchen eine technische Integration durch Klärungsschnittstellen.

1. Das "Europäische Basiskonto" als hoheitliche Schnittstelle

Wir fordern die Etablierung eines einheitlichen Standards für ein funktionsgarantiertes Konto, das über die nationalen Grenzen hinweg als digitale Klärungsinstanz fungiert:

- Zentraler Verrechnungspunkt: Das Konto dient als technischer Ort, an dem Ansprüche (Rente, Kindergeld, Grundsicherung) aus verschiedenen Mitgliedstaaten zusammenlaufen.
- Automatisierte Rangfolgen-Klärung: Die Klärung von Vorrangigkeiten und Anrechnungen (Subsidiarität) darf nicht mehr ex-post durch jahrelange Briefwechsel erfolgen, sondern muss durch standardisierte digitale Protokolle (Zahlungsavis-Logik) direkt an der Kontoschnittstelle gelöst werden.

2. Ende der bürokratischen Blockade durch "Interoperabilität der Leistung"

Die EU muss die Zuständigkeit für die Schnittstellen-Normierung übernehmen:

- Klärungsschnittstellen statt Behörden-Konkurrenz: Wenn Leistungen verschiedener Staaten oder Träger konkurrieren, muss das europäisch verschaltete System eine sofortige Auszahlung garantieren. Die interne Verrechnung zwischen den Trägern findet im Hintergrund statt, ohne den Bürger in eine administrative Sackgasse zu führen.
- Nachweis durch Transaktion: Der automatisierte Zahlungsfluss über die europäische e-ID und das Konto ersetzt die manuelle Einreichung von Bescheinigungen. Das System erkennt "ex-ante", wer zahlungspflichtig ist.

3. Sozialraum-Europa: Gleiche Funktionalität an jedem Ort

Ein gemeinsamer Arbeits- und Lebensraum braucht eine Garantie der Funktionalität:

- Pfändungsschutz und Insolvenzfestigkeit: Diese Schutzrechte müssen als Standardeigenschaften des europäischen Kontos definiert werden, unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat der Bürger sich gerade aufhält oder wo seine Schulden entstanden sind.

- Entlastung der Kommunen: Durch die europäische Verschaltung werden lokale Sozialbehörden (wie in Aachen) von der Aufgabe befreit, Dokumente aus 26 anderen Mitgliedstaaten zu validieren. Die Technik löst das Problem, das die Politik bisher ignoriert.

Fazit:

Die überbordende Sozialbürokratie ist das Symptom einer fehlenden europäischen Zuständigkeit für die digitale Infrastruktur des Sozialstaats. Wir fordern eine Europäische Schnittstellen-Union, die das Basiskonto zum Herzstück einer effizienten, automatisierten und bürgerzentrierten Sozialverwaltung macht. Wer den Binnenmarkt will, muss auch die digitale Verschaltung der sozialen Sicherheit garantieren.